

Die KPdSU vor ihrem 28. Parteitag

## Die stärkste der Parteien?

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU), noch herrschende Partei in einem zerfallenden Imperium, steht vor ihrem 28. Parteitag im Juli dieses Jahres vor einer Vielzahl von offenen Fragen, Problemen und internen Spannungen. Nachdem sie schon auf das verfassungsrechtlich verankerte Machtmonopol verzichtet hat, muss sie sich nun auf ein entstehendes Mehrparteiensystem vorbereiten. Offen formieren sich dabei die Kräfte, die mit verschiedenen Konzepten die Sowjetunion der Zukunft gestalten wollen. Eine Spaltung der KPdSU scheint möglich, wenn nicht gar wahrscheinlich. Wir bezeichnen und dokumentieren die Positionen der verschiedenen Strömungen in Gesellschaft und Partei.

Roland Brunner

Die Parteiführung der KPdSU hinterlässt im Vorfeld des 28. Parteitages einen desolaten Eindruck. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Parteien, die vom Druck der Massen innert kürzester Zeit hinweggeschwemmt wurden, befindet sich die KPdSU in einem Zustand langsamer und schmerzhafter Zersetzung – ohne dass die Funktionen des Apparates schon von anderen, gesamtstaatlich orientierten Kräften und Autoritäten übernommen würden. Die politische Landschaft der Sowjetunion diversifiziert sich: *«Eine alte Weisheit lautet: Im Sacklaufen siegt nicht der bessere Läufer, sondern der bessere Sackläufer. Wir waren geübte Läufer im Sack des Einparteiensystems, nun wird aber nicht ein geübter Sackläufer, sondern jener siegen, der mit freien Füßen besser laufen kann. In der sowjetisch-präsidialen politischen Struktur werden nicht die Kommuni-*

*sten, die vom Einparteiens-Starrkrampf befallen sind, sondern jene, die schon heute in einem Mehrparteiensystem zu arbeiten bereit sind, die KP erhalten können.»* Der dies schreibt ist kein geringerer als der stellvertretende Chefredaktor der «Moskau News», Vitali Tretjakow (Nr. 5/1990).

Der Realität der Sowjetwirtschaft – leere Regale, verschlechterte Versorgungslage, zunehmender Unmut in der Bevölkerung – antworten Teile des Apparates mit verstärkter Abwehrhaltung und alten Feindbildern, während ein anderer Teil die Flucht ins ungewisse Vorne antreten will.

### Desolate Versorgungslage

Die höchsten Partei- und Regierungsgremien müssen sich heute um die Alltagsprobleme der Sowjetmenschen und die immer schlimmer werdende Wirtschaftslage küm-

mern. In einem der 125'000 Briefe an die Adresse des Ministerrates klagte S. Smirnow, Kriegs- und Arbeitsveteran aus dem Gorki-Gebiet: *«Auser Brot und Milch gibt es bei uns nichts in den Geschäften. Wir bitten nicht um Stör und Kaviar. Schicken Sie uns aber wenigstens billigen Fisch und einfache Karamelbonbons.»*

Die Verzweifelten, Verarmten und Vergrämten treten mehrheitlich immer noch bescheiden auf. Die von Enttäuschung und Verbitterung Getriebenen verlangen schärfere staatliche Kontrolle und andere «geeignete Massnahmen» gegen die Versorgungskrise. Doch während das Land in Not versinkt, hat es für die Rettung kaum noch Reserven. In der Staatskasse fehlen für dieses Jahr mindestens 70 Milliarden Rubel. Kreditschöpfung und Kalkulationstricks treiben die Inflation immer höher. *«Die Rhetorik der Politik verdeckt nicht mehr ihre Richtungslosigkeit»*, schreibt die «Zeit» (17/1990). Und weiter: *«Das sowjetische Wirtschaftssystem hält trotz der deklarierten und für die Reformen unerlässlichen Stabilitätspolitik unverändert am alten Mechanismus fest. Ständig wird mehr verteilt und verplant als produziert.»*

Die sowjetische Presse hat in den letzten Wochen und Monaten keinen Zweifel daran gelassen, dass der Weg zur Marktwirtschaft von sozialen

Konflikten begleitet werden wird. Zunächst sei es unvermeidlich, versteckte Inflation und Arbeitslosigkeit offenzulegen. Die Wirtschaftsdaten für das erste Quartal des Jahres waren alarmierend: Die Produktion fiel unter das Vorjahresniveau, während die Löhne nominell um 10% gestiegen sind. Unter dem Druck der Betriebe hat die Regierung die wichtigste Massnahme ihrer Stabilisierungspolitik – die Besteuerung der Lohnerhöhungen, hinter denen keine Produktionssteigerung steht – praktisch schon ausgesetzt. Über neun Millionen Streiktage – zwei Millionen mehr als 1989 – signalisieren soziale Unzufriedenheit, nationale Spannungen und neues Umweltbewusstsein. 700'000 Arbeiter des sibirischen Ölgebietes Tjumen drohen mit Streik für den Fall, dass ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht kurzfristig verbessert werden.

Auch in offiziellen Stellungnahmen wird heute zugegeben, dass der Konsumgütermarkt zusammengebrochen sei. Nur noch ein Bruchteil der 1200 Grundbedarfsgüter sei in den Geschäften regelmässig erhältlich. Einen weiteren Teil kontrollieren die Kommunen durch die Verteilung von Bezugsscheinen, zum Beispiel für Zucker, Waschpulver, Seife u.ä. Autos, Kühlschränke, Staubsauger – mitunter auch Schuhe, Teppiche und Bettwäsche –



finden ihren Weg zu den KäuferInnen meist über die Belegschaft der Betriebe. Die Gewerkschaftskomitees haben damit endlich ein Betätigungsfeld gefunden: Sie besorgen ein möglichst grosses, wenn auch niemals ausreichendes Kontingent und verteilen die Kaufberechtigungen dann «gerecht».

## Perestroika volksweit

Zwei Massenkundgebungen im Februar und die Ausbreitung diverser informeller politischer Gruppen und Parteien zeigen: Perestroika und Glasnost erlauben der Bevölkerung, ihre Unzufriedenheit auszudrücken. Die Unzufriedenheit mit den fortwährenden Versprechungen, denen keine Taten folgen, beginnt sich zu strukturieren. Drei Haupttypen von Organisationen können dabei unterschieden werden:

**a) die Volksfronten:** Unionsweit gibt es wohl um die 140 Volksfronten, die sich für Parteienpluralismus und parlamentarische Demokratie einsetzen. Sie verstehen sich selbst als eine Art Vorparla-

ment. Zu unterscheiden ist hierbei noch in die nationalen Volksfronten, die litauische Sajudis, die lettische und estnische Volksfront, diejenige Moldawiens, Weissrusslands, Usbekistans, die Assoziation unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen Kasachstans und die ukrainische RUCH sind. Als Gegenstück dazu fungieren die russischen Interfronten, die die Interessen der russischsprachigen Ortsansässigen vertreten wollen.

**b) die Klubs und Vereinigungen:** Die meist städtischen Klubs verstehen ihre Aufgabe in der Unterstützung radikaler Reformen auf ökonomischem, sozialem und politischem Gebiet. Dazu zählen auch die zahlreichen Wählervereinigungen, die sich im Oktober 1989 zur «Allgemeinen Assoziation der Wähler» zusammenschlossen haben. Wichtig sind die innerparteilichen Klubs in allen grösseren Städten zur Demokratisierung der Partei und ihrer Transformation in eine pluralistische, parlamentarische Organisation. Ein Wortführer ist *Boris Jelzin*.

Im Januar dieses Jahres schlossen sich 162 Parteiklubs aus 13 Unionsrepubliken auf einer Konferenz in Moskau zur «Demokratischen Plattform in der KPdSU» zusammen. Nach eigenen Angaben repräsentieren sie etwa 100'000 KP-Mitglieder. Im Hinblick auf den 28. Parteitag veröffentlichten sie einen Diskussionsbeitrag als Alternativprogramm – zum ersten Mal seit den 20er Jahren! (s. weiter unten) Daneben zählen zu dieser Art der Zusammenschlüsse auch all die grossrussisch-nationalistischen bis offen faschistischen und antisemitischen Gruppen wie Pamjat.

**c) die Parteien und parteiähnlichen Strukturen:** Parteien entstanden vor allem in Moskau und Leningrad, dehnen sich heute aber schnell über das ganze Land aus. Zu finden sind dabei bürgerlich-liberale und konservative Organisationen («Demokratische Partei», «Konstitutionell demokratische Union Bürgerwürde», «Christlich demokratische Union», «Christlich-patriotische Union», «Demokratische Union» usw.) ebenso wie

sozialdemokratische («Assoziation sozialdemokratischer Parteien»), grüne (hunderte von Gruppen) als auch mehrere Dutzend Arbeiterklubs (zusammengeschlossen teilweise in der Plattform der Vereinigten Front der Werktätigen, OFT) und einer Vielzahl kleinster Splittergruppen.

*Vitali Tretjakow:* «Ein Gespenst geht um in der UdSSR, das Gespenst der Mehrparteilichkeit. Es ist damit zu rechnen, dass die Demokratische Plattform noch vor dem 28. Parteitag der KPdSU sich als eine selbstständige Struktur formiert. Mehr noch: Vor kurzem meldeten die Zeitungen wie selbstverständlich, in Moskau seien zwei neue Parteien, die Liberal-Demokratische und die Christlich-Demokratische Bewegung Russlands, gegründet worden. Also keine dissidentischen Traumbilder, sondern durchaus konkrete Keime eines durchaus realen Mehrparteiensystems.»

## Zerstrittenes Zentralkomitee

Seit Monaten tobt ein erbitterter Kampf im ZK der KPdSU zwischen der konservativen Leningrader Parteigruppe um *Boris Gidaspow*, der «Demokratischen Plattform innerhalb der KPdSU» und dem eigentlichen Zentralkomitee. Gab es in Russland bisher im

## Das Vertrauen sinkt

In einer Umfrage des Allunionszentrums für Meinungsforschung, die in der «Moskau News» veröffentlicht wurde, gaben 2500 Personen ihre Meinung zur Rolle der KPdSU ab. 80,7% aller Befragten behaupteten ein Sinken des Ansehens der Partei. Der Prozentsatz der Menschen, die der Partei misstrauen, steigt ständig. 51% der Befragten meinen, dass die im Programm der KPdSU verankerten Ziele entweder unerreichbar sind oder ihre Aktualität verloren haben oder nicht der Praxis der Partei entsprechen. Über 60% der Befragten stimmen völlig bzw. zum Teil darin überein, dass die Partei das Land auf einen falschen Weg führte, fast 90% sind der Ansicht,

dass ihre Fehler die Entwicklung der UdSSR hemmten. Über drei Viertel der Befragten machten zudem die Parteiführung für die Krise im Land verantwortlich und 10,9% vertreten die Ansicht, die Quelle der heutigen Sackgassensituation sei bei den Ideologen des Sozialismus zu suchen. Die Parteileitungen und -organisationen in den Betrieben und Einrichtungen verteidigen nach Meinung von 76,3% der Befragten hauptsächlich die Interessen der Administration und seien ein Mittel, die Beschlüsse der übergeordneten Parteinstanzen zu realisieren. Nur 5,8% sind der Meinung, sie widerspiegeln den Willen und die Meinung der einfachen Mitglieder.

Gegensatz zu den anderen 14 nationalen Republiken keine eigenständige KP, so droht deren Gründung jetzt zu einem alles erdrückenden konservativen Potential von 85% aller Mitglieder und KandidatInnen der KPdSU zu werden (10,4 der insgesamt 18,8 Mio). Dieser mehrheitlich konservative Block droht den Spielraum Gorbatschows weiter einzuschränken. Heftige Auseinandersetzungen fanden am ZK-Plenum statt, von dem Wladimir Lyssenko, Vertreter der Demokratischen Plattform, in der Zeitschrift Sowjetischer Zirkus schreibt: «Auf Verlangen der Teilnehmer wurde ausserdem das Prinzip des demokratischen Sozialismus wieder in das Statut aufgenommen. Ich hätte schreien mögen: Leute, was macht ihr da! An den Kommunismus glauben doch in unserem Land gerade 2,6% der Bürger und 4,8% der Kommunisten. Ihr richtet die Partei endgültig zugrunde. Ihr begreift nicht, was ihr anstellt!»

Weiter berichtet er: «Jetzt hatte ich verstanden, warum die Direktübertragungen der Plenartagungen im Fernsehen so hartnäckig abgelehnt werden. Eine einzige Sendung schon würde den letzten Mythos von diesem höchsten Organ hinwegfegen. . . Menschen, die in ihrer erdrückenden Mehrheit niemanden vertreten und niemandes Interesse – ausgenommen das der Nomen-

*klatura. Ein Reich der Mumien und der politischen Schatten, die uns als Erbe vergangener Tage verblieben sind. . . Und diese Leute werden eine grundlegende Reform der Partei durchführen, einen wahrhaft demokratischen Parteitag einberufen? Niemals und um nichts! Der Tote greift nach dem Lebenden. Die Abgrenzung ist notwendig und unvermeidlich.»*

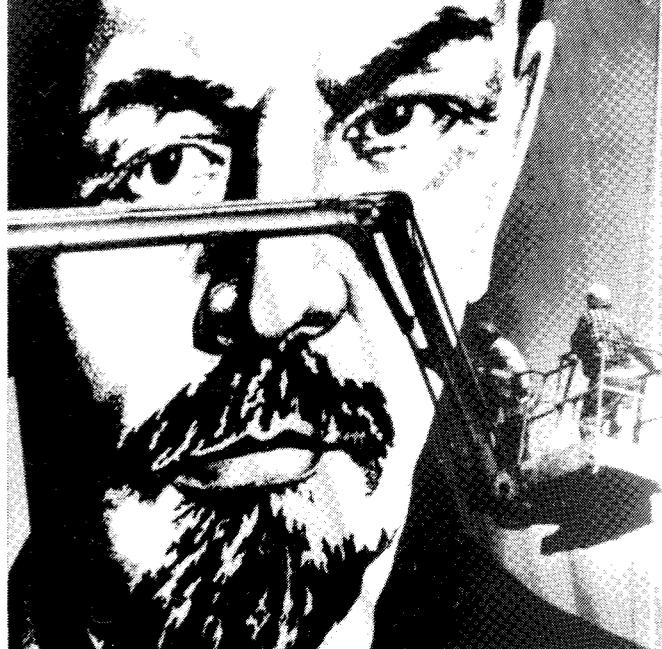
Auch der sowjetische Botschafter in Polen, W. Browikow, fand harte Worte: «Das System der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung wird nicht reformiert, sondern deformiert. . . Das ZK, vor allem sein Politbüro und Sekretariat, haben den vom Parteitag beschlossenen Kurs nicht durch gebührende organisatorische und politische Arbeit untermauert.» Jegor Ligatschow verteidigte sich in einer mit Beifall aufgenommenen Rede: «In unserer Gesellschaft haben sich Kräfte und Menschen artikuliert, die unter dem Deckmantel der von ihnen manipulierten Losungen die Gesellschaft und die Partei ruinieren und die leninschen

*Prinzipien ihres Aufbaus und ihrer Tätigkeit annullieren wollen. Einfacher gesagt: sie in eine Sozialdemokratie umzuwandeln, das Privateigentum im Lande einzuführen und die kapitalistische Produktion zu restaurieren versuchen. Dabei weisen sie auf das Beispiel Osteuropa hin. . . Ganz offensichtlich vollzieht sich dort die gross angelegte Abkehr vom Sozialismus. . . Der Nato-Block festigt sich, die sozialistische Gemeinschaft zerfällt. . . Ich bin davon überzeugt, dass vor allem die Schwächung der Partei selbst – organisatorisch und ideologisch – unser Land in den Krisenzustand geführt hat. . . Sehen Sie nur, wieviel Beunruhigung und scharfe Kritik in diesem Zusammenhang bei der Wahl des Präsidenten auf dem Deputiertenkongress ausgesprochen worden ist. Deshalb möchte ich die Frage stellen: Kann die herrschende Partei das alles ruhig mit ansehen?»* Resultat dieses ZK-Plenums war dann auch die Konstituierung eines Präsidentenrates, in dem sich Reformen und Reformgegner

die Waage halten. Die grosse Mehrheit des ZK versuchte zudem, die Abhaltung eines Reformparteitages zu verhindern und Gorbatschow von den radikal-demokratischen Kräften abzuschneiden.

### Ausschluss der Radikalreformer?

Am 8. April versuchte der harte Teil in einem offenen Brief mit dem Titel «Für Konsolidierung auf prinzipieller Basis» die Exponenten des radikalen Reformflügels loszuwerden. Der Brief wurde am 11. April in der «Prawda» veröffentlicht. Darin wird die Partei aufgefordert, die Reihen im Hinblick auf den 28. Parteitag zu schliessen. Insbesondere die Demokratische Plattform wird hart angegriffen. Das ZK klagte sie an, keinen ernsthaften Versuch zu unternehmen, einen konstruktiven Beitrag zur Ausarbeitung «taktischer und strategischer Positionen der Partei zu leisten». Sie seien vielmehr bestrebt, die Partei durch Bildung von Fraktionen zu desintegrieren. Am Schluss des offenen Briefes wird unterstrichen, dass es nun an der Zeit sei, darüber zu befinden, ob Personen, «die fortwährend auf eine Spaltung hinarbeiten, Fraktionen bilden und die Entscheidung des sowjetischen Volkes für den Sozialismus in Frage stellen», weiterhin in der Partei bleiben sollten.



Ilja Tschubias, Mitglied der Demokratischen Plattform, forderte daraufhin die Gruppenmitglieder zum Verlassen der Partei und zur Bildung einer neuen sozialdemokratischen Organisation auf. Er warf den Funktionären um das Politbüromitglied Ligatschow parteiinterne Putschabsichten und die Vorbereitung einer Hexenjagd gegen Reformkommunisten vor. Besonnenere reagierten Boris Jelzin, Gawril Popow und der Direktor der Moskauer Parteihochschule, Wjatscheslaw Schostakowskij, die in einer Erklärung antworteten: *«Der konservative Teil des Partei- und Staatsapparates, der das Land an den Abgrund der ökonomischen und politischen Katastrophe geführt hat, unternimmt verzweifelte Versuche, den Anti-Pereostroika-Umsturz in der Partei noch vor dem 28. Kongress der Partei durchzuführen.»* *«Die wirkliche Gefahr für die KPdSU»*, so Professor Schostakowskij, *«droht von der in Leningrad bevorstehenden Gründung der russischen KP.»* Das überwiegend konservative Potential der KPdSU in der russischen Republik will diese Partei zum Sammelbecken gegen die Perestroika machen. Unerwartetes geschah im Kommunistischen Jugendverband Komsomol: Auf seinem 21. Kongress wies er den Brief als einen «schweren politischen Fehler» zurück. Drei

Vertreter der Parteispitze – Jegor Ligatschow himself, Ideologiechef Wadim Medwedjew und ZK-Sekretär und Prawda-Chefredaktor Iwan Frolow – konnten den Komsomol-Kongress nicht umstimmen, eine in der Parteigeschichte einmalige Resolution anzunehmen: *«Der offene Brief des ZK der KPdSU ist ein Versuch, die Diskussion in der Partei zu schwächen, ein Dokument mit administrativen Gewaltmethoden durchzusetzen, ohne sich die Mühe zu nehmen, überzeugende Argumente vorzubringen.»*

### «Sowjets ohne Kommunisten»

Mitte April trat der neugewählte Moskauer Stadtrat (Mossowjet) zusammen. Die Delegierten vom Block Demokratisches Russland, die über rund 60% der Sitze verfügen, präsentierten den radikalen Reformökonom Gawril Popow als neuen Bürgermeister der Sowjetmetropole. Popow verspricht, Moskau mit Waren zu überschwemmen, die bisher von der Administration gehortet wurden. Als eine der ersten Entscheidungen verfügte der Mossowjet, dass eine Kommission die Verbrechen des KGB in Moskau und Umgebung untersuchen solle. Tausende von Wohnungen, die sich die Nomenklatura vorbehalten hatte, sollen jetzt für

bedürftige Familien freigegeben werden. An einer Demonstration zur Unterstützung der umstrittenen Korruptionsfahnder und suspendierten Staatsanwälte Telman Gdljan und Nikolaj Iwanow wurden schärfste Angriffe gegen das Politbüro gerichtet. Selbst Gorbatschow wurde als Schutzherr der Mafia bezeichnet. Auch dies ein Signal dafür, wie sich der Raum für Kompromisse verengt hat.

### Welche Alternativen?

Stanislaw Schatalin, Wirtschaftswissenschaftler und Reformler, als Mitglied des Präsidialrates einer der engsten Berater von Gorbatschow, sieht in einer Spaltung der Partei das bestmögliche Resultat des kommenden Kongresses. In einem Interview mit der «Moskau News» sagte er die Spaltung auf den Fragen des Mehrparteiensystems, der Sozialdemokratie, des Eigentums und der Meinungsfreiheit voraus. Er bezeichnete die Säuberung der Partei als Notwendigkeit, die allerdings die Ausübung der politischen und bürgerlichen Rechte nicht beeinträchtigen dürfe. Am 18. April hat bereits Juri Afanasjew, prominenter Historiker und einer der zentralen Figuren der «Demokratischen Plattform» die Partei verlassen und damit die Spekulationen über eine Spaltung der Partei neu belebt.

Michail Maljutin, Mitglied der philosophischen Fakultät der Moskauer Universität stellt das Problem wie folgt: *«Es stellt sich natürlich die Frage, was soll ein Mensch machen, der den Kommunismus in der UdSSR aufbauen will, dies aber nicht in irgendeiner fernen Zukunft, sondern in den nächsten Jahren erreichen will? Er wird sicherlich nüchtern anerkennen müssen, dass die Strukturen und Kräfte, die dieses Ziel erfordert, in der UdSSR nicht vorhanden sind. Deswegen müssen sie also geschaffen werden. (...) Die derzeitige Wirtschaft, die Organisation des Staates lassen sich im Prinzip nicht demokratisieren, indem man irgendwelche Grundlagen neu bedenkt. Sie wurden vor mehr als 60 Jahren erdacht und lassen derartiges nicht mehr zu. Sie zu demokratisieren, hiesse eigentlich nur eines: sie in Stücke zu zerschneiden. Die Folgen sind nicht vorhersehbar, denn Liberale und Stalinisten, Kosmopoliten und Nationalisten können nicht in ein und derselben Organisation nebeneinander leben. Es ist Zeit zu verstehen, dass es unmöglich ist, die KPdSU in eine demokratisch-parlamentarische Partei zu transformieren: weder in der Gesellschaft noch innerhalb der Partei gibt es ernstzunehmende Kräfte, die an der Durchsetzung dieser Vorstellung interessiert wären.»* **B**